

**Eröffnungsansprache anlässlich der Veranstaltung  
Energie im Dialog des Deutschen Atomforums  
„Die energiewirtschaftlichen Herausforderungen  
der Energiewende in Deutschland“  
am 14. Dezember 2011 in Berlin**

Dr. Ralf Güldner, Präsident Deutsches Atomforum e. V.

Es gilt das gesprochene Wort

Exzellenz, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,  
sehr geehrter Herr Dr. Großmann, sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiße Sie zu unserer Tagung „Energie im Dialog“ hier in Berlin herzlich willkommen und bedanke mich für Ihr zahlreiches Erscheinen, in dem sich das große Interesse an den energiewirtschaftlichen Herausforderungen der Energiewende in Deutschland widerspiegelt.

Für die gesamte kerntechnische Branche in Deutschland wird das Jahr 2011 in unauslöschlicher Erinnerung bleiben. Bis zum 11. März war das Jahr geprägt von der Rückkehr in ruhigere politische und gesellschaftliche Fahrwasser - nach den intensiven Debatten um die beschlossene Laufzeitverlängerung.

Am 11. März dann ereignete sich nach dem verheerenden Erdbeben und ausgelöst durch den nachfolgenden Tsunami der schwere Reaktorunfall von Fukushima Dai-ichi. In diesen Tagen, in denen wir in der Branche die Ereignisse verfolgten, mit den japanischen Kollegen mitgelitten und versucht haben, aus den vorliegenden Informationen Erkenntnisse über die Abläufe vor Ort zu gewinnen, mussten wir uns natürlich auch die Frage stellen, ob die friedliche Nutzung der Kernenergie beherrschbar und verantwortbar ist.

Je mehr aber bekannt wurde über Umstände, Randbedingungen und technischen Ursachen der Ereignisse im Kernkraftwerk Fukushima, desto klarer wurde, dass es sich hier nicht um ein Ereignis im Bereich des sogenannten Restrisikos gehandelt hat. Vielmehr hätte eine sorgfältigere Planung beim Bau oder eine bessere Vorbereitung für Notfälle die unheilbringenden Ereignisabläufe verhindert oder zumindest stark eingegrenzt.

Vor allem aber hätten selbst bei diesem Ereignis die konsequente Anwendung sicherheitstechnische Auslegungsstandards wie sie zum Beispiel in Deutschland üblich sind, die schwerwiegenden Schäden am Reaktor und Auswirkungen auf die Umgebung verhindert.

Angesichts der nun vorliegenden Analyse der konkreten Ursachen und Abläufe in Fukushima ist und bleibt die Kernenergie für mich eine Technik, die bei einer ausgewogenen Abwägung von Nutzen und Risiken für die Gesellschaft verantwortbar ist.

Mit Blick auf die globale energiewirtschaftliche Situation, unter Berücksichtigung anderer verfügbarer Energieträger mit ihren spezifischen Vor- und Nachteilen bleibt für mich die Kernkraft sogar die beste Option um in dem Spagat zwischen wirtschaftlichen Imperativen und ökologischen Erfordernissen bei der Stromversorgung den auch bei einem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien verbleibenden Bedarf an CO<sub>2</sub>-freier Grundlastversorgung zu decken. Ungeachtet dieser sachlichen Beurteilung der möglichen Beiträge der Kernenergie zu einer nachhaltigen Energieversorgung respektieren wir natürlich die demokratischen Entscheidungen des Gesetzgebers in Deutschland.

Die politische Willensbildung nach oder während der Ereignisse erfolgte schnell und entwickelte eine große Dynamik und Entschlusskraft. Sie hat damit die Arbeitsbedingungen und Zukunftsperspektiven unserer Branche drastisch verändert. Die unserer traditionellen Gegner übrigens auch, selbst wenn diese das noch nicht bemerkt haben.

Zu der veränderten Realität gehört es, dass die Kernenergie und damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kernkraftwerken und bei unseren Zulieferern die Energiewende in Deutschland nur noch für relativ kurze Zeit begleiten und mit ihrem Beitrag zur Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz unterstützen dürfen.

Wenn wir kurz die Motivation für die Energiewende - die ja schon vor dem Jahr 2011 und unabhängig vom Schicksal der Kernenergie geplant war - betrachten, wenn wir uns ihren eigentlichen Sinn vor Augen führen, dann stoßen wir, wenige Tage nach Durban, natürlich insbesondere auf die Vermeidung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>, die Verhinderung oder Abmilderung eines schwerwiegenden Klimawandels.

Der Sinn der Energiewende liegt nicht in der Industriepolitik für das Solar Valley, er liegt nicht in der Landschaftsgestaltung mit mobilen Skulpturen und er liegt auch nicht darin, große Energieversorgungsunternehmen zu schwächen. Bei der Energiewende geht es darum, Strom zu produzieren für unser Leben, für unsere wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Tätigkeiten ohne dabei langfristige Kollateralschäden in Atmosphäre und Klima zu hinterlassen. Und ohne die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Volkswirtschaft zu gefährden. Hier hat die CO<sub>2</sub>-arme Kernenergie ihre Rolle im Energiesystem, sei es für den Übergang wie im sehr ambitionierten deutschen Konzept, sei es als langfristiger Bestandteil im Energiemix wie in vielen anderen Ländern und auf der europäischen Ebene. Die 17 deutschen Kernkraftwerke haben jedes Jahr so viel CO<sub>2</sub> vermieden, wie jährlich im gesamten deutschen Straßenverkehr emittiert wird (150 Mio. t./a). Ein Land, das von jetzt auf gleich auf 8,4 GW installierte Leistung mit CO<sub>2</sub>-freier Stromerzeugung verzichtet und stattdessen alte, teilweise ineffiziente konventionelle Kraftwerke als Ersatz reaktiviert, hat offenbar andere Prioritäten als Klimaschutz.

Die Energiewende begleiten, bedeutet aber nicht nur Strom zu erzeugen, solange dies noch politisch erwünscht ist. Es bedeutet auch, die energiewirtschaftliche und energietechnische Kompetenz unserer Branche in die Gestaltung der Energiewende in Deutschland einzubringen, die zwar angestoßen ist, aber noch nicht recht auf dem Weg zu sein scheint. Genau dies möchte das Deutsche Atomforum als Verband und Sprachrohr der kerntechnischen Branche mit der heutigen Veranstaltung als Dialogforum leisten. Gleichzeitig wird es in den kommenden Jahren aber auch darum gehen, deutsches kerntechnisches Know-how und deutsche Sicherheitsstandards weiterhin in die internationale Entwicklung der Kernenergie einzubringen. Denn so viel steht auch fest: International geht die Entwicklung weiter - in großen Schritten.

Bei den Beschlüssen zur Energiewende mit beschleunigtem Ausstieg aus der Kernenergie, die ganz bewusst ohne Konsultation der großen Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft getroffen wurden, hat man wohl manches Problem unterschätzt. Diese Einschätzung einer mehr schnellen als gründlichen, jedenfalls noch lange nicht vollständig vorbereiteten Energiewende beschränkt sich nicht auf die Nuklearbranche oder die großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die Kernkraftwerke betreiben. Sie wird bei allen unterschiedlichen Auffassungen in konkreten Fragen inzwischen in der ganzen Energiebranche geteilt.

Der von allen Seiten als sehr dringlich eingeschätzte Netzausbau kommt weiterhin wegen langer Genehmigungsverfahren, umfangreicher Klagemöglichkeiten, damit oft einhergehender "not-in-my-backyard-Mentalität" und teilweise unzureichenden wirtschaftlichen Anreizen in Deutschland nur langsam voran. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz mit einer Bundesfachplanung für die derzeit die Grundlagen erarbeitet werden, soll hier Abhilfe schaffen.

Angesichts der Konflikte schon über den Szenariorahmen für den Netzentwicklungsplan und nach den Erfahrungen mit dem Energieleitungsausbaugesetz gilt es, erst einmal die Praxis abzuwarten. Von den 850 Kilometer neuer Leitungen des Übertragungsnetzes, die in der DENA-I-Studie bis 2015 als erforderlich angesehen wurden, sind seit 2005 jedenfalls erst rund 100 Kilometer gebaut worden. Im Rahmen der Energiewende sollen nun aber pro Jahr bis zu 500 Kilometer gebaut werden!

Das jedenfalls ist die Schlussfolgerung der umfangreichen DENA-II-Studie wenn auf möglichst wirtschaftlichem Wege die Leitungen gebaut werden sollen, die für einen stabilen Systembetrieb bei umfangreichem Ausbau der Erneuerbaren erforderlich sind. Zu wenig Berücksichtigung findet auch die Verknüpfung von europäischem und deutschem Netzausbau. Für eine erfolgreiche Energiewende ist aber ein noch intensiverer europäischer Verbund gerade für Deutschland unerlässlich. Die Bedarfsplanungen im Übertragungsnetz sollten daher besser mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission zu einer europäischen Netzplanung und Netzintegration verknüpft werden.

In anderen Bereichen fehlen übergeordnete Planungen ganz: Besonders bei den erneuerbaren Energien liefern sich die Bundesländer im politischen Wettbewerb einen Ausbauwettbewerb, der noch manche zusätzliche Probleme bei der Netzstabilität verursachen kann und die Kosten nach oben treibt. Ganz anders die Situation bei konventionellen

Kraftwerken, die auch langfristig gebraucht werden um eine schwache Einspeisung erneuerbarer Energien auszugleichen und die technisch erforderlich sind, um die Stromnetze stabil zu halten.

Die derzeit ungünstige Rentabilitätsperspektive von Gas- und Kohlekraftwerken u.a. als Folge hoher Gaspreise und der Unsicherheit über die langfristige Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Zertifikatepreise führt zur Zurückhaltung von Investoren.

Vor allem aber stellt der massive Ausbau erneuerbarer Energien den Return on Investment wegen absehbar kurzer Einsatzzeiten solcher Kraftwerke inzwischen grundsätzlich in Frage. Ein Ergebnis dieser Probleme könnte eine Verlängerung der derzeit prekären Situation bei der Netzstabilität in die mittelfristige Zukunft hinein sein. Ein anderes Ergebnis kann die unabsehbare Verlängerung des Betriebs alter und ineffizienter fossiler Kraftwerke sein sowie der Bau ebenfalls relativ ineffizienter Gasturbinen um angesichts der Investitionsrisiken mit möglichst geringem Kapitaleinsatz die nötige Reserveleistung zur Kompensation fluktuierender Energieträger zur Verfügung zu stellen. Im Sinne des Ziels der Energiewende - der Vermeidung von CO<sub>2</sub>-Emissionen - wäre eine solche Entwicklung nicht. Die europäischen Klimavorsorgeverpflichtungen der Bundesregierung für 2020 werden aber wahrscheinlich nicht gefährdet: In jenem Jahr werden schließlich noch sechs große Kernkraftblöcke am Netz sein, die mehr als 10 Prozent des deutschen Strombedarfs bereitstellen können.

Auch für die Marktintegration erneuerbarer Energien, die umso dringender wird, je höher ihr Anteil wird, sowie für die mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Deutschland gibt es kein Konzept. Interessant ist, dass keine Überwachung der Stromqualität unterhalb des Levels von Stromausfällen über drei Minuten Dauer geplant ist. Bisher war dies wegen der hohen Versorgungsqualität in Deutschland auch nicht notwendig. Durch den Ausbau der Erneuerbaren und verschärft durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie kann es aber immer häufiger zu kurzen Unterbrechungen, Spannungs- und Frequenzschwankungen kommen, die sich in privaten Haushalten kaum bemerkbar machen, aber in vielen Anwendungsbereichen, in Industrie, Forschung und Medizin die zulässigen Toleranzen überschreiten und hohe Kosten bis hin zu Systemausfällen verursachen. Der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft VIK möchte deshalb nun eine eigene Datenerhebung in diesem Bereich einrichten.

Auch das Projektmanagement der Energiewende durch die Bundesregierung ist aufgrund der zersplitterten energiepolitischen Kompetenzen momentan nicht überzeugend. Ein glaubwürdiges, zeitnahes Monitoring dieses komplexen Projekts fehlt bislang und wird mit dem Beschluss der Bundesregierung, alle drei Jahre einen Monitoringbericht erstellen zu lassen, nicht zu erreichen sein.

Die IG BCE möchte deshalb mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft ein eigenes Monitoring zur Energiewende aufbauen. Der BDI hat hierzu bereits ein konkretes Studienprojekt in Auftrag gegeben. Das größte übergreifende Problem des Projekts Energiewende sind aber die erheblichen Akzeptanzschwierigkeiten in der Bevölkerung.

Neue Trassen für Übertragungsleitungen, Windkraftanlagen, Freiflächen-Solaranlagen und Biogasanlagen werden in vielen Fällen ebenso von Bürgerinitiativen bekämpft wie Planungen für Kohlekraftwerke oder Pumpspeicherwerke.

Gegen die Entwicklung und mögliche Anwendung der CCS-Technik und die Nutzung der Fracking-Technik bei der Erdgasförderung hat sich ein grundsätzlicher Widerstand gebildet. CCS ist vorläufig politisch gescheitert. Für die Verwirklichung der Energiewende bedeutet diese gesellschaftliche Entwicklung gravierende Verzögerungen und nochmals höhere Kosten.

Die Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung und die fortdauernden Konflikte zwischen den zahlreichen Akteuren der Energiewende zeigen, dass eine der großen politischen Verheißungen im Zusammenhang mit dem beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie wenig mit der Realität zu tun hat: Die Vorstellung, mit einem Ausstieg aus der Kernenergie sei das gelobte Land des Energiekonsens erreicht, hat sich als falsch erwiesen. Das Ende der Kernenergie hat kein Ende des Streits gebracht und keinen verborgenen Energiekonsens zu Tage gefördert. Natürlich nicht, möchte man sagen, denn die Konflikte in Energiewirtschaft und Energiepolitik beruhen auf unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen der Akteure.

Selbst in der Kernenergiepolitik konnte der Ausstieg keine Befriedung herbeiführen, wie die jüngsten Proteste gegen die Gorleben-Transporte gezeigt haben. Der diesjährige Transport hat noch länger gedauert und noch höhere Kosten für den Einsatz der Polizei verursacht als im vergangenen Jahr der Laufzeitverlängerung. Vor allem waren die Polizisten im Einsatz noch größeren Anfeindungen und intensiverer Gewalt ausgesetzt als in der Vergangenheit.

Blicken wir aber über die Grenzen unseres Landes, dann stellen wir fest, dass die Folgerungen aus dem Unglück von Fukushima ganz anders ausfallen und vielfältig sind. Auf europäischer Ebene, im Rahmen der europäischen Energiestrategie, wird der Kernenergie weiterhin eine wichtige langfristige Rolle auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Energiewirtschaft bis 2050 zugeschrieben. In der Energy Roadmap 2050 der Europäischen Kommission wird mit 40 neuen Kernkraftwerken in der EU bis 2030 gerechnet.

Auch der World Energy Outlook der International Energy Agency misst der Kernkraft eine wichtige Rolle bei und rechnet mit einem starken weltweiten Wachstum der Kernenergieproduktion bis 2035. Im Vergleichsszenario mit einer langsam schwindenden Kernenergie sind noch stärker steigende Energiekosten, ein höherer CO<sub>2</sub>-Ausstoß und eine verringerte Versorgungssicherheit bei Energierohstoffen die Konsequenzen.

Die Europäische Union verfolgt mit der Überprüfung der kerntechnischen Sicherheit durch die EU nach Fukushima nicht das Ziel eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Kernenergie. Ziel ist es vielmehr, mögliche Schwachstellen im Lichte der Ereignisse zu erkennen und zu beheben. In diesem Sinne ist das Ziel der europäischen Stresstests eine verbesserte Kernenergie.

Beim EU-Gipfel in der vergangenen Woche wurde den Staats- und Regierungschefs ein Fortschrittsbericht zu der Risiko- und Sicherheitsbewertung der Kernkraftwerke vorgelegt; die nationalen Abschlussberichte werden am 31. Dezember 2011 veröffentlicht.

Ende April werden die Begutachtungen der nationalen Berichte durch unabhängige multinationale Expertengruppen vorliegen und Ende Juni wird ein konsolidierter europäischer Endbericht präsentiert. Es zeichnet sich ab, dass eine Reihe von Anlagen technischer Nachrüstungen an einzelnen Punkten bedarf, wie das z. B. die sehr anspruchsvolle französische Atomaufsicht für Frankreich schon dargelegt hat. Für die deutschen Anlagen wird ein hohes Sicherheitsniveau bescheinigt, auch bei Annahmen, die gegenüber der Auslegung noch einmal verschärft wurden. Die Empfehlungen zur Verbesserung der Anlagen sind punktuell und überschaubar. Dieses Bild trat schon im Bericht der Reaktorsicherheitskommission vom Mai zutage. Weder die Berichte für die europäische Prüfung noch der RSK-Bericht vom Mai liefern Gründe, Hals- über Kopf aus der Kernenergie auszusteigen. Das hatte seinerzeit auch Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen bei der Vorstellung des RSK-Berichts treffend angemerkt. Dort wo Verbesserungen der Anlagensicherheit angebracht sind und wo Notfallpläne im Lichte der Erfahrungen von Fukushima präzisiert werden müssen, wird das rasch geschehen.

Dies entspricht seit Jahrzehnten der Sicherheitskultur der Kerntechnik und bildet eine wichtige Voraussetzung für ihre sichere und verlässliche Nutzung. In den einzelnen europäischen Staaten, die letztlich über den Energiemix entscheiden, wird auch nach Fukushima ganz unterschiedlich über die Kernenergie gedacht. Italien hat in einer Volksabstimmung unmittelbar nach den dramatischen Ereignissen in Fukushima und unter ungünstigen innenpolitischen Vorzeichen den Wiedereinstieg in die Kernkraft abgelehnt. Die Schweiz scheint in einem landestypisch komplexen Entscheidungsprozess derzeit vom Neubau von Kernkraftwerken abzurücken ohne aber ein Technologieverbot zu beschließen. Die Diskussion in der Schweiz wird von der deutschen Position beeinflusst, verläuft aber sachlicher und abgewogener. Die Aspekte eines praktikablen und wettbewerbsverträglichen Umbaus der Energieerzeugung spielen dabei eine bedeutende Rolle.

Nach momentanem Diskussionsstand würde ein langsames Auslaufen der Kernenergie stattfinden, das in der Praxis dem Szenario ähnelt, das im vergangenen Jahr für Deutschland mit der Laufzeitverlängerung beschlossen wurde.

In anderen Ländern in unserer Nachbarschaft will man an der Kernkraft festhalten, diese ausbauen oder neu einsteigen. Derzeit sind in Deutschland Unterlagen von zwei Verfahren zur grenzüberschreitenden Beteiligung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Neubauvorhaben der Kernenergie ausgelegt:

Zum einen bei dem Strategischen Umweltprüfungsverfahren zum polnischen Nuklearprogramm, zum anderen bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Neubau eines Kernkraftwerksblocks am Standort Borssele in den Niederlanden. Im vergangenen Jahr bestand die Möglichkeit, sich an der Umweltverträglichkeitsprüfung für die Neubauvorhaben am Standort Temelin in der Tschechischen Republik zu beteiligen.

Zu der Zeit als in Deutschland die Beschlüsse zum beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie vorbereitet wurden, sagte der damalige Vorstandsvorsitzende der CEZ, am 15. Juni im Deutschlandfunk: *„Je größer das Stromdefizit in Deutschland nach einer Abschaltung der Atomkraftwerke sein wird, desto größer werden natürlich die Chancen für uns“*. Das zeigt sehr anschaulich, dass Deutschland keine Insel ist und der Ausstiegsbeschluss hierzulande nicht mit dem Ende der Kernenergie gleichzusetzen ist.

Auch anderswo werden die Nuklearprogramme weiterentwickelt: In Großbritannien wird der Bau einer neuen Generation von Kernkraftwerken im Zuge einer Energiewende zu einer kohlenstoffarmen Energiewirtschaft vorangetrieben, die auf einem Energiemix aus Offshore-Windenergie, Kernkraft und fossiler Erzeugung mit CCS beruhen soll. Die Arbeit dort verlagert sich immer stärker von den allgemeinen Voraussetzungen für das Nuklearprogramm zu den konkreten Aufgaben an den Standorten. In Finnland wurde vor einigen Monaten der neue Kernkraftstandort Pyhäjoki ausgewählt, zusätzlich zum in Bau befindlichen Reaktor Olkiluoto 3 und dem benachbarten Projekt Olkiluoto 4, bei dem schon der Baugrund vorbereitet wurde.

Russland baut im Kaliningrader Gebiet ein neues Kernkraftwerk und die baltischen Staaten planen den Bau eines gemeinsamen Kernkraftwerks. Auch in der Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Slowenien bestehen Bauprojekte bzw. Planungen. In Spanien wurde der Ausstiegsbeschluss kurz vor Fukushima gekippt und die Entscheidung danach nicht revidiert, in Schweden bleiben die rechtlichen Grundlagen für den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke bestehen. Die Aktivität international orientierter Anti-Atomgruppen wie Greenpeace konzentriert sich neben der deutlichen Fokussierung auf die verbliebenen Anlagen in Deutschland derzeit auf unser Nachbar- und Partnerland Frankreich.

Das macht sich nach Fukushima und am Beginn des Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampfes durchaus in Medien und Öffentlichkeit bemerkbar. Während die Regierung zur Kernenergie steht, haben sich die oppositionellen Sozialisten auf Betreiben ihrer möglichen Grünen Partner moderat kritisch zur Kernkraft gestellt. In diesem Zusammenhang steht die Vereinbarung, nach einem möglichen Wahlsieg in Frankreich 24 Kernkraftblöcke bis 2025 abzuschalten. Bei einer nüchternen Betrachtung erscheint es aber wenig wahrscheinlich, dass dies verwirklicht würde. Es würden dann nämlich in der Region Zentraleuropa West des europäischen Stromverbundes zwischen 2011 und 2025 nicht weniger als 48 Kernkraftwerksblöcke abgeschaltet: 24 in Frankreich, 17 in Deutschland und 7 in Belgien nachdem die Parteien der nun doch gebildeten neuen belgischen Regierung den vorläufigen Beschluss gefasst haben, anders als ihre Vorgängerin, am Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie von 2003 festhalten zu wollen.

Betrachten wir die Probleme, die bereits der beschleunigte Ausstieg in Deutschland für unsere Nachbarn aufwirft, dürfte eine solche Entscheidung in Frankreich kaum durchführbar sein.

Ein sehr problematischer Aspekt der deutschen Energiewende ist das Fehlen von Konsultationen mit unseren Nachbarn oder auf europäischer Ebene. Zwar ist die Entscheidung über den Energiemix eine nationale Zuständigkeit. Die sofortige Abschaltung der älteren Kernkraftwerke nach Fukushima hat aber erhebliche Auswirkungen auf Lastflüsse, Kraftwerkseinsatz und Preise auch bei unseren Nachbarn gehabt, die eigentlich

eine Abstimmung erfordert hätten. Auch mittelfristig wirkt sich der beschleunigte Ausstieg auf andere Länder aus, denn Netzstörungen zu Zeiten hoher Last können sich im europäischen Stromverbund länderübergreifend auswirken.

Längerfristig muss daher das gesamte deutsche Energiewendeprogramm mit der europäischen Energiepolitik und der Situation unserer Nachbarn abgeglichen werden. In einem integrierten europäischen Energiemarkt ist die Preisbildung auf den Strommärkten nicht entkoppelt. Schon heute sind die Strommarktgebiete Deutschland/Österreich, Frankreich und Schweiz handelsmäßig integriert und weisen zu 80 Prozent der Zeiten einen einheitlichen Strompreis auf. Auch die anderen Handelsgebiete werden davon beeinflusst, so dass der Preisanstieg durch die Energiewende auch unsere Nachbarn erfasst, obwohl sie die deutsche Energiepolitik nicht beeinflussen können.

In technischer Hinsicht verursacht der Ausbau erneuerbarer Energien ebenfalls Koordinationsbedarf: Die fluktuierende Einspeisung vor allem der Windkraft belastet in Verbindung mit unzureichenden innerdeutschen Transportkapazitäten die Netze der Nachbarländer bisweilen sehr stark. Ein großer Export von deutschem Windstrom belastet auch die Stromnetze und die Ertragsituation der Kraftwerksbetreiber in den Nachbarstaaten, die zur Abregelung ihrer Anlagen gezwungen sind. Dieses Problem ist für Polen inzwischen so bedeutsam, dass der polnische Übertragungsnetzbetreiber PSE den Bau von Phasenschiebern plant, um gegebenenfalls den Stromfluss aus Deutschland ins polnische Netz abzuregeln. Solche Entwicklungen zeigen sehr deutlich die Notwendigkeit, die Pläne zur weiteren Intensivierung des europäischen Energiebinnenmarkts, eine europäische Netzplanung und europäische Vorgaben bei Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren zum Netzausbau voranzutreiben.

Nicht zuletzt der Ausbau erneuerbarer Energien in größtmöglicher geographischer Streuung und deren Verbindung mit Verbrauchszentren in weit entfernten Regionen erfordern eine übergeordnete europäische Netzebene. Eine solche Vernetzung erneuerbarer Stromerzeugung könnte die fluktuierende Einspeisung der Erneuerbaren ausgleichen und ihren effizienten Einsatz in den ertragreichsten Gebieten möglich machen. Auf Sicht würde die europäische Vernetzung auch eine europäisch harmonisierte Förderung und eine europäische Marktintegration der Erneuerbaren erfordern. Ein wichtiger Aspekt im Verhältnis von deutscher und europäischer Energiepolitik und im Umgang mit unseren Nachbarn ist die deutsche Einstellung zur Nutzung der Kernenergie in anderen Ländern. Sowohl die deutsche Energiewende, die unser Land stärker als früher von Importen abhängig macht - seit Fukushima sind wir in jedem Monat ein Stromimporteur - als auch die europäische Energiepolitik können nur gelingen, wenn sich Deutschland ein nüchternes Verhältnis zu den energiepolitischen Entscheidungen seiner europäischen Partner bewahrt.

Eine glaubwürdige Energiepolitik erfordert es deshalb, dass die deutsche Politik in der Öffentlichkeit für das Recht anderer europäischer Staaten eintritt, ihren Energiemix in eigener Kompetenz zu bestimmen. So wie Deutschland sich entschieden hat, die Nutzung der Kernenergie aufzugeben. Die konsequente Einhaltung europäischer Sicherheits- und Umweltschutzstandards ist dabei natürlich vorausgesetzt. Die energiepolitische Realität



wird es sein, dass die Kernkraft in Europa dauerhaft eine bedeutende Rolle spielt und dass indirekt auch deutsche Stromverbraucher weiter Kernkraft nutzen werden.

An dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass die kerntechnische Industrie in Deutschland nicht nur aus Kernkraftwerken und ihren Betreibern besteht. Mit dem Einstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie vor mehr als 50 Jahren, wurde in Deutschland ein ganzer Industriezweig aufgebaut, der fast die gesamte Wertschöpfungskette der Kerntechnik und die Bandbreite von Know-how, Forschung und Entwicklung abdeckt. Und dieser nukleare Kompetenzcluster gehört nach wie vor zur weltweiten Spitzengruppe und setzt immer wieder Maßstäbe bei Innovation, Zuverlässigkeit und Effizienz. Der nukleare Industriesektor hat ausgezeichnete Perspektiven im Export und Servicegeschäft und kann vom weltweiten Ausbau der Kernenergie durch seine führende Stellung stark profitieren.

Wegen der ausgeprägten Sicherheitsorientierung und dem hohen Stand der nuklearen Sicherheitstechnik bei unseren Herstellern und Dienstleistern ist ein internationaler Erfolg der deutschen kerntechnischen Wirtschaft auch ein Sicherheitsgewinn für die weltweite Nuklearbranche. Diesen Aspekt sollte nicht außer Acht lassen, wer der Abschaffung von Exportbürgschaften, dem Ende der Kernforschung in Deutschland und dem administrativen und medialen Kleinkrieg gegen Unternehmen der Branche das Wort redet. Auch die Fairness gegenüber den leistungsfähigen Mitarbeitern in unserer Branche gebietet es, den Ausstieg aus der Kernkraftnutzung nicht zum Feldzug gegen eine bedeutende und erfolgreiche Branche auszuweiten.

Eng verbunden mit der kerntechnischen Industrie ist der Kompetenzerhalt und die Sicherstellung des Nachwuchses an Fachkräften. Gerade bei der universitären Ausbildung ist der Staat in der Pflicht, keine Politik der Austrocknung zu betreiben. Nicht nur für den exportorientierten Teil unserer Branche, sondern auch für die deutsche Mitsprachemöglichkeit in europäischen und internationalen Sicherheitsfragen sowie für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung der Abfälle werden weiterhin und langfristig qualifizierte Mitarbeiter gebraucht, in der Industrie, bei den Betreibern aber auch bei Genehmigungsbehörden und Gutachterorganisationen. Beispielhaft bieten die Herausforderungen im Rückbau Raum für wirtschaftliche Entwicklung und innovative Lösungen:

Die Frage wie sich Rückbauprozesse beschleunigen lassen und wie Kosten optimiert werden können, ohne die Sicherheit zu beeinträchtigen, eröffnet engagierten Mitarbeitern gute Perspektiven und wird sich in Kompetenzgewinn und internationaler Konkurrenzfähigkeit niederschlagen. Auch in diesem Bereich ist unsere Branche auf kompetente und kooperative Genehmigungsbehörden angewiesen, die Prozesse nicht verlangsamen und Innovationen nicht blockieren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte zum Thema Endlagerung sagen: Am 11. November 2011 fand ein Gespräch zu einem Endlagergesetz von Bundesumweltminister Röttgen mit den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie Umweltministern bzw. Umweltstaatssekretären der übrigen Bundesländer über ein neues Endlagersuchverfahren für hochradioaktive Abfälle statt. In

dem Gespräch wurde als Konsens festgehalten, dass ein Endlager für solche Abfälle in nationaler Verantwortung und von der heutigen politischen Generation errichtet werden soll und zwar am „sichersten“ Standort. Es wird ein transparentes Auswahl- und Erkundungsverfahren parallel zur Weitererkundung von Gorleben angestrebt, in dem in einem gestuften Prozess aus Vorauswahl, obertägiger Erkundung und untertägiger Erkundung bis zu vier weitere Endlagerstandorte ermittelt werden sollen.

Grundsätzlich begrüßen wir, dass Bewegung in die politische Diskussion der Frage eines Endlagers für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle kommt, da sie dem Zweck dient, endlich eine Lösung für die nukleare Entsorgung zu implementieren. Aus unserer Sicht sollte aber in jedem Fall der Fortführung und dem Abschluss der Erkundung Gorlebens die Priorität eingeräumt und die laufende vorläufige Sicherheitsanalyse zeitnah abgeschlossen werden, zumal die zuständigen Bundesbehörden bisher stets die Eignungshöflichkeit des Standortes bestätigt haben. Zusätzlich könnten in einem „Sachstandsbericht der Bundesregierung“ alle bisher gewonnenen nationalen wie internationalen Ergebnisse zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zusammengefasst und konkretisiert werden. Dies liefert dann die Basis für das von der Bundesregierung vorgesehene internationale Peer-Review noch in dieser Legislaturperiode, welches wir ebenso vollständig unterstützen. Die Notwendigkeit einer parallelen, oberirdischen Suche nach Alternativstandorten kann aus meiner Sicht sachlich nur aus dem Zeitplan für die Verfügbarkeit eines Endlagers im Falle der Nichteignung Gorlebens abgeleitet werden, um für diesen Fall unverzüglich weitere Optionen zur Verfügung zu haben. Dabei geht es darum, einen geeigneten sicheren Standort zu finden, der die Anforderungen an den sicheren Abschluss der radioaktiven Abfälle von der Biosphäre gewährleistet.

Es geht nicht darum, den sichersten Standort zu finden, was faktisch nicht möglich ist. Dabei muss auch die aktuell in der Öffentlichkeit aufgeworfene Frage der Rückholbarkeit berücksichtigt werden. Allerdings muss man sich zunächst darauf verständigen was unter diesem Begriff gemeint ist. Die Interpretation der Entsorgungskommission scheint mir hier eine sehr sinnvolle zu sein. Parallel dazu sollte im Sinne der EU-Richtlinie ein nationaler Fahrplan für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erstellt werden. Dieser Fahrplan sollte im Wesentlichen zwei Szenarien beschreiben:

1) Im Fall einer Eignung Gorlebens die Meilensteine bis zur Inbetriebnahme des Endlagers und

2) im Fall einer wissenschaftlichen/geologischen Nicht-Eignung Gorlebens die Durchführung eines verbindlichen Verfahrens für eine alternative Standortsuche in einem qualifizierten und transparenten Verfahren zur Ermittlung geeigneter Standorte wie es nun in der Bund-Länder-Kommission vorbereitet werden soll.

Bei beiden Pfaden sollte seitens des Bundes klar benannt werden, bis wann ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland bereit steht. Der deutlich unterschiedliche Zeitbedarf zwischen den o.g. Szenarien - u.a. auch infolge des Bedarfes von Grundlagenforschung in nunmehr neu in Betracht kommenden Wirtsgesteinen - kommt in der öffentlichen Diskussion leider meist zu kurz.

Zugleich möchte ich aber vor zu hohen Erwartungen warnen, mit einem neuen, zusätzlichen Auswahlverfahren eine konfliktfreie Lösung für die nukleare Entsorgung zu erreichen. Zwar haben wir bei manchen Politikern wie Ministerpräsident Winfried Kretschmann eine wundersame Wandlung seiner Einstellung zur Erkundung in Gorleben und zu den Protesten gegen den Transport ins Transportbehälterlager erleben dürfen. Wie aber am regionalen Widerstand gegen Gorleben und auch bei der Umsetzung der Energiewende erkennbar, lassen sich Konflikte um ungeliebte Infrastruktureinrichtungen in der unmittelbaren Nachbarschaft nicht mit Verfahren und Argumenten ausräumen - siehe „Stuttgart 21“. In letzter Konsequenz wird - zumindest in Deutschland - ein Entsorgungsstandort politisch durchgesetzt werden müssen.

Mit einer leichtfertigen Absage an den Standort Gorleben, in dem bis dato eine Unterstützung der Bevölkerung in der entsprechenden Samtgemeinde für eine ergebnisoffene Weitererkundung gegeben war, ohne sachliche, sondern nur mit politischer Begründung wie jüngst auf dem Parteitag der SPD beschlossen, tut man der Diskussion und der Entscheidungsfindung keinen Gefallen.

Angesichts der Diskussion um die Endlagerung hochradioaktiver, wärmeentwickelnder Abfälle darf man aber die Situation um die Endlagerung von schwach- und mittelaktiven Abfällen im Schacht Konrad nicht vergessen. Hier sind noch längst nicht alle Probleme bei der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses gelöst, der Beginn der Einlagerung wurde vom Bundesamt für Strahlenschutz nun für „nicht vor 2019“ angekündigt. Angesichts der anstehenden Rückbauprojekte besteht eine dringende Notwendigkeit für die Lösung der offenen Fragen. Auch hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf.

Mit diesem Blick auf eine aktuell sehr lebhaft politische und öffentliche Diskussion zur Energiepolitik im Allgemeinen und zur Kernenergie im Besonderen möchte ich meine Eröffnungsrede beschließen. Ich bedanke mich für Ihr zahlreiches Erscheinen, ich bedanke mich bei den Rednern des heutigen Tages für ihre Beiträge und ich wünsche Ihnen einige interessante Stunden bei Energie im Dialog.